

Resolution der Vollversammlung am 25. Juni 2026

Ackerbau braucht Entlastungen

Hohe Energiepreise, geopolitische Unsicherheiten und zusätzliche regulatorische Belastungen haben die Preise für Stickstoff- und Mehrnährstoffdünger massiv steigen lassen. Gleichzeitig orientieren sich die Erlöse für Getreide und Ölsaaten weiterhin an den internationalen Marktpreisen. Die Kosten-Preis-Schere geht immer weiter auseinander.

Der im Mai 2026 von der EU-Kommission vorgelegte Düngemittelaktionsplan sowie die darin angekündigten Sofortmaßnahmen sind ein erster Schritt in die richtige Richtung. Sie reichen jedoch nicht aus, um die strukturellen Kostennachteile zu überwinden, mit denen die europäischen Ackerbaubetriebe konfrontiert sind. Entscheidend ist ein ausreichendes Düngerangebot am europäischen Markt sowie eine spürbare finanzielle Entlastung der Betriebe.

Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Oberösterreich fordert den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft auf, sich auf EU-Ebene mit aller Konsequenz dafür einzusetzen, dass der Düngemittelaktionsplan wirksam nachgeschärft wird – insbesondere durch eine sofortige Aussetzung des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) auf Düngemittel sowie durch eine Verlängerung der befristeten Zollausschüttung auf Stickstoffdünger, Ammoniak und Harnstoff aus Drittstaaten über 2026 hinaus. Darüber hinaus fordert die Vollversammlung auf nationaler Ebene eine Anhebung der Biodieselbeimischungsquote von derzeit sieben auf mindestens zehn Prozent, die Einführung von E20-Kraftstoffen sowie eine rasche Umsetzung weiterer Maßnahmen zur Stärkung heimischer Bioenergieträger.

